

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington



THINK TANK UPDATE  
SEPTEMBER/OKTOBER 2006

Fünf Jahre nach 9/11  
Die Sicherheitspolitik George Bushs  
in der Diskussion

Simon Friedle/Ursula Carpenter

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

Tel. +1-202-464-5840  
Fax +1-202-464-5848  
office@kasusa.org  
www.kasusa.org

# Think Tank Update September/Oktober 2006

*Simon Friedle/Ursula Carpenter*

## **Fünf Jahre nach 9/11 – Die Sicherheitspolitik George Bushs in der Diskussion**

Kein Ereignis seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Fall der Berliner Mauer hat die Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika so sehr verändert wie die Terroranschläge des 11. September 2001 auf New York und Washington DC. Amerika führt nicht nur den weltweiten Krieg gegen den Terrorismus und muss täglich neue Verluste in Afghanistan und im Irak hinnehmen, sondern die Sicherheitspolitik der Bush Administration hat auch eine tiefgreifende Kontroverse innerhalb der amerikanischen Öffentlichkeit entfacht, die sie bisweilen zu spalten droht.

Zwar haben die USA große Fortschritte im Kampf gegen den Terror gemacht, wie zum Beispiel die Gefangennahme von Topterroristen aus der Führungsriege Al-Kaidas wie Khalid Sheik Mohammed und Ramzi Binalshibh. Auch wurden neue Anschläge auf die USA verhindert. Doch haben die Anschläge von Madrid 2004 und London 2005 gezeigt, dass das weltweite Terrornetzwerk von Al-Kaida weiter höchst aktiv ist und immer noch über Kapazitäten zur Durchführung großer Anschläge verfügt. Obgleich die USA zwar seit 2001 nicht mehr selbst Opfer eines Anschlags geworden sind, würde man sich doch einer Scheinsicherheit hingeben, zu glauben, dass die Terrorgefahr gebannt sei.

Zur gleichen Zeit scheint aber auch Amerikas Strategie im Krieg gegen den Terror fehlzuschlagen. So droht der Irak, in einem Bürgerkrieg zu versinken und alle Bemühungen, einen Friedensplan für den Nahen und Mittleren Osten in naher Zukunft zu umzusetzen, scheinen vorerst gescheitert zu sein. Daneben verlassen die USA immer mehr die eigenen rechtlichen und moralischen Standards, die sie zu verteidigen suchen. Neben der jüngsten Bestätigung der Existenz von geheimen CIA-Gefängnissen in Osteuropa und das Aufrechterhalten des Gefangenenlagers in Guantanamo Bay haben vor allem die erschreckenden Ereignisse in Abu Graib dazu beigetragen, die moralische Glaubwürdigkeit der USA auch in der westlichen Welt zu untergraben.<sup>1</sup> Wie die USA in Zukunft außenpolitisch wahrgenommen werden, hängt nun in großem Maße davon, welchen Weg sie im Atomkonflikt mit dem Iran einschlagen.

## **Fernsehansprache von George Bush anlässlich des Gedenkens zu 9/11**

In seiner Fernsehansprache<sup>2</sup> zum Gedenken des fünften Jahrestages der Anschläge des 11. September 2001 nahm **Präsident George Bush** das

---

<sup>1</sup> Vgl. [http://www.cato.org/homepage\\_item.php?id=356](http://www.cato.org/homepage_item.php?id=356)

<sup>2</sup> Fernsehansprache Präsident Bushs vom 11.09.2006:

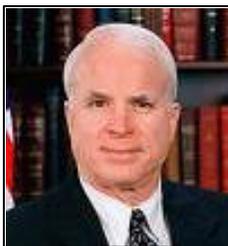
<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2006/09/20060911-3.html>

Gedenken zum Anlass, Amerika und seine Verbündeten zu einer neuen Einheit und Geschlossenheit aufzurufen. Bush widersprach der Interpretation des Antiterrorkrieges als eines Kriegs Amerikas gegen den Islam im Sinne eines *Clash of Civilizations* (Sam Huntington). Stattdessen handele es sich um einen Krieg der Zivilisation gegen die Barbarei und Tyrannei weniger religiöser Extremisten, die den Islam zum Erreichen ihrer Ziele missbrauchten. Daher sei es notwendig, dass nicht nur die westliche Zivilisation zusammenstehe und diesen Krieg führe, sondern dass auch die islamische Welt sich diesem Bündnis anschließen müsse.

### **Innerparteiliche Kontroverse bei den Republikanern**

Dieser Aufruf zu neuer Geschlossenheit wurde jedoch gleich durch verschiedene politische Aktionen führender Republikanischer Abgeordneter und Senatoren jäh infrage gestellt. Der Republikanische Senator von Rhode Island, **Lincoln Chafee**, erklärte, er würde im Auswärtigen Ausschuß des Senats gegen die Ernennung John Boltons zum amerikanischen Botschafter bei den Vereinten Nationen (UN) votieren. Bolton war am 1. August 2005 von Präsident Bush gegen den Widerstand des Senats während der sitzungsfreien Zeit des Kongresses zum amerikanischen UN-Botschafter ernannt worden. Diese Ernennung Boltons bedarf nun bis spätestens Januar 2007 einer Bestätigung durch den Senat. Senator Chafee machte jedoch deutlich, dass er Botschafter Bolton weder für einen geeigneten Diplomaten noch für einen guten Repräsentanten der USA bei der UN halte und daher gegen dessen Bestätigung votieren würde.<sup>3</sup> Käme es dazu, so wäre dies für Bush eine empfindliche politische Niederlage.

Zusätzlich ist Bush mit seinem Vorhaben, die Vorschriften für Verhöre von Terrorverdächtigen durch eine Neudefinierung des 3. Artikels der Genfer Konvention zu lockern, auf starken Widerstand im Kongress gestoßen. Vier Senatoren der Republikanischen Partei haben im Verteidigungsausschuß des Senats für eine von den Demokraten eingebrachte Gesetzesinitiative, die das



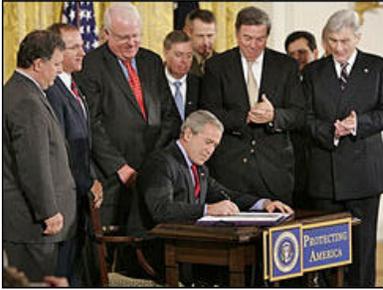
Folterverbot klar festschreibt, gestimmt. Bereits im Juni hatte der Oberste Gerichtshof geltend gemacht, dass die bisherige Praxis der juristischen Verfolgung und Inhaftierung von Terrorverdächtigen völkerrechtswidrig sei.<sup>4</sup> Der innerparteiliche Widerstand der vier Republikanischen Senatoren wird von **John McCain** (im Bild), einem Anwärter auf die Republikanische Präsidentschaftskandidatur 2008, angeführt.

McCain, der selbst als Kriegsgefangener in Vietnam unter Folter zu leiden hatte, erklärte, dass eine Neuauslegung der Genfer Konvention das Ansehen der USA in der Welt weiter gefährden könne. Der ehemalige US-Außenminister **Colin Powell** schrieb in einem offenen Brief: *„Die Welt beginnt an der moralischen*

<sup>3</sup> [www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/09/14/AR2006091400746.html](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/09/14/AR2006091400746.html)

<sup>4</sup> [http://www.nytimes.com/2006/09/15/us/politics/15assess.html?\\_r=1&hp&ex=1158379200&en=98da997176bcf3b5&ei=5094&partner=homepage&oref=slogin](http://www.nytimes.com/2006/09/15/us/politics/15assess.html?_r=1&hp&ex=1158379200&en=98da997176bcf3b5&ei=5094&partner=homepage&oref=slogin)

*Basis unseres Kampfes gegen den Terrorismus zu zweifeln. Artikel 3 der Genfer Konvention neu zu definieren, würde zu diesem Zweifeln beitragen.*<sup>5</sup> Damit schlägt Bush auf dem Gebiet der Terrorbekämpfung nun nicht nur Wind von Demokratischer Seite entgegen, sondern auch innerhalb seiner eigenen Republikanischen Partei ist eine große Kontroverse entbrannt – und dies in einer entscheidenden Phase des Kongresswahlkampfes. Dennoch wurde am 28. September das umstrittene Gesetz (*detainee bill*), das den Gebrauch von Verhörmethoden gegen Gefangene neu regeln soll, mit einer deutlichen Mehrheit



vom Senat verabschiedet. Mit der Unterzeichnung des Gesetzes am 17. Oktober (im Bild) konnte Präsident Bush sich schließlich weitgehend durchsetzen und erklärte: "Es ist eine seltene Gelegenheit, wenn ein Präsident ein Gesetz unterzeichnet, von dem er weiß, dass es amerikanische Leben retten wird. Heute morgen habe ich das Privileg, dies zu tun."<sup>6</sup>

## Empörung bei den Verbündeten

Des weiteren hat die Bekanntgabe durch Präsident Bush am 6. September, dass die USA über geheime CIA-Gefängnisse in Osteuropa verfügten, die EU und andere Verbündete tief empört und zu einer heftigen Debatte über die moralische Glaubwürdigkeit der USA geführt.<sup>7</sup> Damit scheinen die Versuche, Europa stärker in den Kampf gegen den Terror einzuspannen, vorerst eingefroren. Auch ist ein Bericht des Senats vom 8. September zu dem Ergebnis gekommen, dass Saddam Hussein keinen Kontakt zu Al-Kaida gehabt habe. Dadurch ist nun auch ein weiterer entscheidender Grundstein der Legitimation des Irakkrieges durch George Bush infrage gestellt worden, was die außer- wie auch innerparteiliche Kontroverse in Amerika zu intensivieren droht.<sup>8</sup> Zu dem hat ein von den amerikanischen Geheimdiensten veröffentlichtes Geheimdienstmemo (*National Intelligence Estimate, NIE*) die Debatte weiter angeheizt.<sup>9</sup> Der NIE-Bericht kommt zu dem Schluss, dass der Irakkrieg sowie der Sturz Saddam Husseins die USA keineswegs sicherer gemacht habe. Vielmehr sei durch die amerikanische Besetzung des Iraks der internationale Terrorismus verstärkt worden, da viele junge Moslems sich nun erst recht angespornt fühlten, in den heiligen Krieg gegen Amerika zu ziehen. So sei ein Verweis auf die Besetzung des Iraks durch die USA das beste Mittel, um junge Moslems für den Terrorismus zu rekrutieren. Darüber hinaus hat die Veröffentlichung eines neuen Buches von Bob Woodward die Diskussion weiter zugespitzt. Woodward kommt in seinem Buch „*State of Denial*“ zu dem Ergebnis, dass das Weiße Haus

<sup>5</sup> <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/104/86018/>

<sup>6</sup> <http://www.cbsnews.com/stories/2006/10/17/terror/main2097186.shtml>

<sup>7</sup> <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/9/84924/>

<sup>8</sup> <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/09/08/AR2006090800777.html>

<sup>9</sup> <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/09/23/AR2006092301130.html>

Warnungen bezüglich der Lage im Irak mutwillig mißachtet habe.<sup>10</sup> Zudem sei die Regierung mit Blick auf den Irak-Krieg intern zutiefst zerstritten, was zu einem gewissen Grad von Handlungsunfähigkeit geführt habe.<sup>11</sup>

## **Das Echo der amerikanischen Think Tanks**

Aus amerikanischen Think Tanks werden die Forderungen laut, die Außen- und Sicherheitspolitik der Bush-Administration zu überdenken. Während konservative Think Tanks eine stärkere Grenzsicherung und Ausweitung des Krieges gegen den Terror fordern, mahnen liberalere Denkfabriken eine grundlegende Neuausrichtung der amerikanischen Polititk an. Fünf Jahre nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 fragen die Think Tanks und amerikanischen Medien immer wieder: Ist Amerika sicherer bzw. sicher genug? Ist der Kampf gegen den Terror erfolgreich? Welche Strategien sind im Irak erfolgreich? Welche Lehren lassen sich aus 9/11 ziehen und welche sind die richtigen Lehren? Sowie schließlich: Wie soll Amerika auf ein atomares Bedrohungsszenario durch den Iran und Nordkorea reagieren? Im Fokus dieser Diskussion steht letztlich die Frage, ob die Bush-Administration politisch richtig gehandelt habe. Von der Beantwortung dieser Fragen hängt nicht nur die historische Bewertung der Präsidentschaft George Bushs ab, sondern auch der Ausgang der Zwischenwahlen im November und des Präsidentschaftswahlkampfes 2008.

### **„Safer but not safe enough“ – Zum Stand der amerikanischen Sicherheit**

Generell stand im Herbst 2006 bei den amerikanischen Think Tanks die Frage zur Diskussion, ob die Vereinigten Staaten fünf Jahre nach den Anschlägen auf New York und Washington sicherer bzw. sicher genug seien. So stimmten alle Think Tanks – gleich welcher politischen couleur – darin überein, dass die USA nach den Anschlägen von 9/11 die Sicherheitsstandards erheblich verbessert hätten; jedoch müssten noch erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um die Sicherheit weiterhin zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund hat das **American Enterprise Institute** die neuesten Umfragen bezüglich des Krieges gegen den Terror ausgewertet.<sup>12</sup> Glaubten noch im April 2003 62% der Amerikaner das der Irakfeldzug ein integraler Bestandteil des Krieges gegen den Terrorismus sei, so würden dies heute nur noch 42% bejahen. Zwar fühlten sich 51% der Amerikaner sicherer vor Anschlägen als kurz nach 9/11, doch glaubten 76% der Befragten, dass sie in der gefährlichsten Zeit ihres Lebens leben würden. Während im Januar 2002 noch 82% der Bevölkerung mit der Präsidentschaft Bushs zufrieden waren, so sei dies heute nur noch eine Minderheit von 40%. Zugleich glaubten nur noch 47%, dass Bush

---

<sup>10</sup> Bob Woodward, *State of Denial* (Simon & Schuster: New York 2006), 576 p.

<http://www.simonsays.com/content/book.cfm?tab=1&pid=526244>

<sup>11</sup> [http://www.nytimes.com/2006/09/29/washington/29account.html?\\_r=1&oref=slogin](http://www.nytimes.com/2006/09/29/washington/29account.html?_r=1&oref=slogin)

<sup>12</sup> AEI, Political Report, vol. 2, issue 8, (September 2006)

den Kampf gegen den Terror gut führe – im Januar 2002 glaubten dies noch 87% der Amerikaner.

**John Mueller**, Terrorismusexperte vom **Cato Institute**, meint hingegen, dass es keine endgültige Sicherheit vor terroristischen Anschlägen gebe. Vielmehr sei es unmöglich, alle potentielle Ziele zu schützen, da es einfach zuviele gäbe. Vielmehr verwies er darauf, dass die Gefahr, innerhalb der USA bei einem terroristischen Anschlag zu sterben, statistisch genauso wahrscheinlich sei, wie von einem Asteroiden erschlagen zu werden. Zwar habe die Regierung gute Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit getroffen, doch könne es keine hundertprozentige Sicherheit geben. Daher seien die USA heute nicht wesentlich sicherer als vor fünf Jahren.<sup>13</sup>

**Frederick Kagan** vom konservativen **American Enterprise Institute** und Professor an der renommierten Militärakademie von Westpoint erklärte hingegen, dass die Anstrengungen der Bush-Administration auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik schon Früchte getragen hätten, da die USA seit September 2001 nicht mehr Opfer eines Anschlages geworden seien. Dies sei nur den politischen Entscheidungen des Präsidenten zu verdanken. Vielmehr gelte es jetzt, in Ländern wie dem Iran und Syrien, die den internationalen islamistischen Terrorismus förderten, einen Systemwechsel anzustrengen und somit die Gefahr, die von diesen Staaten für die USA ausgehe, zu bannen.

Diesem Bild der Sicherheitslage widerspricht **Michael O'Hanlon**, sicherheitspolitischer Experte der liberalen **Brookings Institution** und Dozent für Politikwissenschaften an der Universität Princeton.<sup>14</sup> Er gesteht zwar zu, dass die Regierung Bush bislang viel zur Erhöhung der Sicherheit getan habe, aber so sei vor allem die Sicherheit der Seehäfen auch nach fünf Jahren noch weitgehend mangelhaft. Daneben bedürften aber auch gerade die Landgrenzen zu Mexiko und Kanada einer stärkeren Kontrolle, da über diese weiterhin mögliche Terroristen sehr leicht in die USA gelangen könnten. Auch **Clark Ervin**, Direktor der *Homeland Security Initiative* des **Aspen Institute** und ehemaliger Generalinspekteur des Heimatschutzministeriums, erklärte, dass die USA nicht so sicher seien wie die Mehrheit der Amerikaner momentan glaube. So müsse neben den Sicherheitskontrollen der Luftfracht vor allem die Sicherheit der Seehäfen drastisch erhöht werden, da bislang nur 6% der in den Vereinigten Staaten ankommenden Seefracht auch tatsächlich kontrolliert werde. Darüber hinaus forderte Ervin die Erhöhung des Etats des Heimatschutzministeriums sowie die Platzierung qualifizierter Führungspersönlichkeiten in allen Abteilungen. Zusätzlich müsse das Ministerium selbstkritischer sein und aus seinen Fehlern lernen. So sei eine Liste mit den am meisten anschlaggefährdeten Zielen längst überfällig. Darüber hinaus müsse der Austausch von Informationen mit den Geheimdiensten verbessert werden.

Letztlich stimmen jedoch alle amerikanischen Think Tanks darin überein, dass Amerika fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sicherer geworden sei. Dennoch gebe es viel zu tun, um die Sicherheit weiterhin

---

<sup>13</sup> <http://www.cato-unbound.org/2006/09/11/john-mueller/are-we-safer/>

<sup>14</sup> <http://www.aei.org/events/filter.all,eventID.1371/transcript.asp> und <http://www.brook.edu/views/op-ed/ohanlon/20060302.htm>

zu verbessern, denn Amerika sei noch nicht sicher genug bzw. so sicher wie es sein könnte. So ist das von allen Think Tanks getragene Motto: „*We are safer but not safe enough.*“

## **Der Irak-Krieg im Kontext des globalen Antiterrorkampfes**

Weitaus kontroverser diskutierte hingegen die amerikanische Think Tank Landschaft den Irakkrieg und dessen Bedeutung für das Amerikabild im Ausland. Während konservative Think Tanks den Irakkrieg als zentralen Bestandteil des Kampfes gegen den Terror sehen, neigen einige Think Tanks dazu, den raschen Rückzug der amerikanischen Truppen zu fordern.

**Christopher Preble**, Direktor für Außenpolitik beim **Cato Institute**, plädiert für einen Rückzug amerikanischer Truppen aus dem Irak und forderte eine Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik, da die momentane Politik der Bush-Administration in der muslimischen Welt als eine außerordentliche Bedrohung wahrgenommen werde und so dem islamistischen Terrorismus neuen Nährboden verschaffen würde. *„Rekrutierer von neuen Terroristen bedienen sich der weltweiten Wut gegen die amerikanische Außenpolitik, die von vielen Moslems als imperialistisch und bedrohend empfunden wird. Wir müssen einen messianischen Kreuzzug, der die Welt nach unserem Bild erschafft, vermeiden und uns statt dessen auf die Verteidigung unserer nationaler Interessen konzentrieren, besonders auf die Sicherheit der USA.“*<sup>15</sup>

**Max Boot**, außenpolitischer Experte des **Council on Foreign Relations**, erklärte jedoch, dass der Krieg gegen den Terror nicht über Nacht gewonnen werden könne.<sup>16</sup> Vielmehr müsse man die Anstrengungen, die auf Amerika zu kämen, mit dem Kalten Krieg gegen die Sowjetunion vergleichen. Auch zeigte er sich davon überzeugt, dass die Strategie zur Demokratisierung des Iraks längst nicht gescheitert sei. Vielmehr bedürfe es der notwendigen Zeit. So wäre nach der gescheiterten Revolution 1848 in Europa auch nicht der Demokratiegedanken gleich wieder begraben worden. Ebenso erklärte **James Phillips** von der konservativen **Heritage Foundation**, dass die Fortschritte im Irak größer seien als dies von den amerikanischen Medien bisher dargestellt werde.<sup>17</sup> So würden die irakischen Sicherheitsbehörden zunehmend ausgebaut werden und selbst die Verantwortung übernehmen. Auch würde der Irak große Fortschritte bei der Implementierung eines demokratischen Systems machen: „Der Irak hat nach mehr als drei Jahrzehnten Diktatur bemerkenswert schnelle Fortschritte im Aufbau eines demokratischen politischen Systems gemacht.“

**Daniel L. Byman** und **Kenneth M. Pollack** vom **Saban Center for Middle East Policy** der **Brookings Institution** diskutieren in ihrem neuen Bericht zur Lage im Irak die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Region in einen grenzenübergreifenden Bürgerkrieg.<sup>18</sup> Bereits zu Anfang stellen beide fest, dass

---

<sup>15</sup> <http://www.cato.org/people/preble.html>

<sup>16</sup> <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1531332,00.html>

<sup>17</sup> <http://www.heritage.org/Research/MiddleEast/Iraq/bg1904.cfm>

<sup>18</sup> Daniel L. Byman und Kenneth M. Pollack, *Things Fall Apart, What do we do if Iraq Implodes?*, Brookings Institution (August 2006): <http://www.brookings.edu/views/op-ed/pollack/20060820.htm>

„der Irak sich schon mitten im Bürgerkrieg befindet.“ So seien bisher schon über 30 000 Iraker seit Beginn des Irakkrieges getötet worden, gar doppelt so viele seien verletzt worden. Die Frage sei nun nicht mehr, ob sich der Irak im Bürgerkrieg befände, sondern ob man verhindern könne, dass das Zweistromland nicht in solch einem verheerenden Bürgerkrieg ende wie der Libanon oder der Balkan in der Vergangenheit. Würde es dazu kommen, dann sei die ganze Region des Mittleren Ostens von einem Krieg bedroht, in welchem nicht nur einzelne religiöse Gruppen, sondern auch Machthaber und Militärs um die Vorherrschaft in der Region ringen würden. Dies würde dann bei weitem nicht nur die Kapazitäten, sondern auch die Kräfte Amerikas überfordern. So würde die Bekämpfung eines Flächenbrandes in der Region etwa 450 000 amerikanische und britische Soldaten erfordern.

Zusätzlich kommen Byman und Pollack zu dem Schluss, dass ein Scheitern der Demokratisierung des Iraks den Bevölkerungen des Mittleren Ostens vor Augen führen könnte, dass ein demokratisches System keineswegs Garant für Frieden, Wohlstand und Stabilität sei. Vielmehr könnte das Beispiel Iraks dazu führen, dass der Demokratisierungsprozess in der Region um Jahrzehnte zurückversetzt würde. So könnten viele Gesellschaften zu dem Schluss kommen, dass es besser sei, den relativen Frieden einer Diktatur zu ertragen als das Land durch einen Bürgerkrieg zu zerstören.

Darüber hinaus kommen Byman und Pollack zu dem Ergebnis, dass die Besetzung des Iraks keinesfalls Al-Kaida geschadet habe, sondern dass das Terrornetzwerk vielmehr davon profitieren würde – wie der NIE-Report beweise. Es würden mehr Terroristen im Irak ausgebildet werden als je zuvor. Auch sei die amerikanische Besetzung des Iraks ein ideales Propagandainstrument, junge Moslems für den *Dschihad* zu rekrutieren. Mit dieser Sichtweise stimmt auch **Peter Bergen**<sup>19</sup>, Al-Kaida Experte der **New America Foundation** und Politikprofessor an der Johns Hopkins Universität, überein und erklärt, dass der Krieg im Irak für die *Dschihad*-Bewegung und zur Radikalisierung junger Muslime von weitaus größerer Bedeutung sei als der Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan in den 1980er-Jahren.

## **Drohende Konfrontation mit dem Iran**

Nach Ablauf des Ultimatums des UN-Sicherheitsrates gegenüber dem Iran Ende August, ohne dass der Iran sein umstrittenes Urananreicherungsprogramm gestoppt hätte, plädieren die Vereinigten Staaten nun, so schnell wie möglich mit der Diskussion über Sanktionen des Weltsicherheitsrates gegen den Iran zu beginnen.<sup>20</sup> Es müsse der Druck auf die Führung in Teheran Schritt für Schritt erhöht werden. Unterdessen erklärte die *IAEO (International Atomic Energy Organisation)*, dass das iranische Atomprogramm nur sehr langsam voran käme und dass die Urananreicherung nicht ausreiche, Atombomben zu bauen. Währenddessen zeigte sich der iranische Präsident von den Warnungen des Westens unbeeindruckt. „*Die Welt soll wissen, dass der Iran sich keinem Druck*

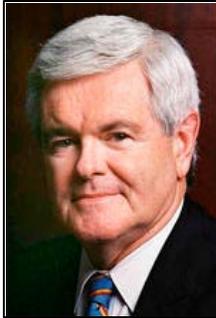
---

<sup>19</sup> [http://www.newamerica.net/events/2006/al\\_qaeda\\_past\\_present\\_and\\_future](http://www.newamerica.net/events/2006/al_qaeda_past_present_and_future)

<sup>20</sup> <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/77/83993/>

*beugen und sich nicht von seinem international verbrieften nuklearen Rechten abbringen lassen wird*“, sagte Ahmadinedschad in einer vom Fernsehen übertragenen Rede. Unterdessen stellt bereits das renommierte *Time Magazine* die Frage, wie ein Krieg gegen den Iran aussehen würde.<sup>21</sup>

Der Orientexperte des **American Enterprise Institute (AEI)**, **Michael Rubin**, warnt vor einer diplomatischen Doppelstrategie des Iran.<sup>22</sup> Der Iran habe schon in der Vergangenheit oft genug gezeigt, dass er an einer echten diplomatischen Lösung nicht interessiert sei und dass das Atomprogramm, wie iranische Politiker



zugäben, keineswegs nur der friedlichen Nutzung entgegenstrebe. **Newt Gingrich** (im Bild), ehemaliger Republikanischer Sprecher des Repräsentantenhauses und Senior Fellow beim **AEI** erklärte, dass die Zeit des Dialogs mit dem Iran vorbei sei.<sup>23</sup> Im Iran müsse die Regierungsspitze nun politisch isoliert werden und somit letztlich ein Regimewechsel herbeigeführt werden. Zusätzlich müsse man mit gezielten Militärschlägen das Atomprogramm des Iran ausschalten. Darüber hinaus solle der amerikanischen Bevölkerung endlich

klargemacht werden, welche reelle Bedrohung vom Iran ausgehe. So habe gerade die gescheiterte Appeasement Politik der 30er Jahre gezeigt, wie Amerika schon einmal einen Feind unterschätzt habe und dafür einen hohen Preis hatte zahlen müssen.

**Ray Takeyh**, Iranexperte des **Council on Foreign Relations**, erklärt hingegen, dass es falsch sei, Iran mit Nazi-Deutschschland zu vergleichen.<sup>24</sup> Vielmehr müsse in den Verhandlungen mit dem Iran berücksichtigt werden, dass dieser sich zu einer neuen Mittelmacht im Mittleren Osten entwickelt habe. Zugleich müssten die USA den Iran auch als Regionalmacht anerkennen. Da Takeyh die Option eines amerikanischen Militärschlages kategorisch ablehnt, empfiehlt er, die Gespräche mit dem Iran auf drei Ebenen fortzusetzen: erstens im Dialog über das iranische Atomprogramm, zweitens im Rahmen von Verhandlungen zur Terrorismusbekämpfung und drittens in Gesprächen zur Stabilisierung des Iraks. Ein Stocken der Verhandlungen auf einer dieser Ebenen dürfe nicht automatisch auch zu einem Stillstand der Verhandlungen auf den anderen Gebieten führen. Stattdessen sollten die Gespräche getrennt voneinander geführt werden. Durch diese diplomatische Annäherung sei es möglich, die radikalen Kräfte innerhalb des Irans besser im Zaum zu halten.

Zu einer anderen Strategie rät **Flynt Leverett**, Nahost-Experte der **New America Foundation** und Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats unter Präsident Clinton.<sup>25</sup> Seiner Ansicht nach müsse Amerika dem Iran gegenüber endlich wieder den Weg der Diplomatie beschreiten. Es sei ein Fehler, dass die Bush-Administration bereits seit fünf Jahren fast alle diplomatischen Initiativen

<sup>21</sup> <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1535817,00.html>

<sup>22</sup> [http://www.aei.org/publications/pubID.24915/pub\\_detail.asp](http://www.aei.org/publications/pubID.24915/pub_detail.asp)

<sup>23</sup> [http://www.aei.org/publications/pubID.24891,filter.all/pub\\_detail.asp](http://www.aei.org/publications/pubID.24891,filter.all/pub_detail.asp)

<sup>24</sup> [http://www.cfr.org/publication/11484/responding\\_to\\_irans\\_nuclear\\_ambitions.html](http://www.cfr.org/publication/11484/responding_to_irans_nuclear_ambitions.html)

<sup>25</sup> [http://www.newamerica.net/publications/articles/2006/illusion\\_and\\_reality](http://www.newamerica.net/publications/articles/2006/illusion_and_reality)

des Iran abgelehnt habe. So sei der Iran in der Vergangenheit durchaus bereit gewesen, mit Amerika zu verhandeln. Auch habe sich der Wächterratt, die eigentliche politische Führung im Iran, gemäßigt gezeigt, indem er die politischen Kompetenzen von Präsident Ahmadinedschad beschränkt hätte. Zur Lösung des Atomkonfliktes rät Leverett, dass Washington Bereitschaft signalisieren solle, dem Iran eine Sicherheitsgarantie im Austausch für den Verzicht auf Urananreicherung und künftige Unterstützung der *Hamas* und *Hisbollah* zu geben.

**Patrick Clawson** vom **Washington Institute for Near East Policy** argumentiert hingegen für eine Anwendung einer neuen *Containment*-Politik gegenüber dem Iran. Man müsse dem Iran nicht nur seine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen vor Augen führen, sondern auch, dass der Iran einer militärischen Konfrontation mit den USA und Europa nicht gewachsen sei. Zugleich sollten die Vereinigten Staaten jedoch deutlich machen, dass sie keinen Regimewechsel in Teheran anstrebten. Stattdessen müsste der Iran zur Einsicht gebracht werden, dass ein Iran ohne Atomwaffen sicherer sei als ein Iran mit Atomwaffen.

**Ted Galen Carpenter**, Vize-Präsident der Abteilung für Verteidigungs- und Außenpolitik des **Cato Institute**, kommt zu dem Schluss, dass die USA die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Teheran normalisieren sollten und somit Bereitschaft zum Dialog zeigen würden.<sup>26</sup> Dafür müsse der Iran internationale Inspektionen seines Nuklearprogramms akzeptieren. Einen Militärschlag lehnt er jedoch entschieden ab: „*Das eine, was wir nicht tun sollten, ist jetzt noch einen anderen Krieg zu beginnen, der die Region des Persischen Golfes noch weiter destabilisieren und das Leben und Wohlergehen von Millionen von Menschen gefährden würde.*“

## Die Kontroverse um den NIE-Bericht

Die Veröffentlichung des Geheimdienstberichts (*National Intelligence Estimate, NIE*) der U.S.-Regierung schlug auch in den Washingtoner Think Tanks hohe Wellen. Dieser Bericht aller 16 amerikanischen Geheimdienste kommt zu dem Ergebnis, das der Irak-Krieg die Terrorgefahr für die USA vergrößert habe und somit Amerika unsicherer mache.<sup>27</sup>

**Robert Kagan**, Senior Associate beim **Carnegie Endowment for International Peace**, macht deutlich, dass eine politische Bewertung des NIE-Berichts verfrüht sei.<sup>28</sup> Da der Bericht nur teilweise veröffentlicht sei, könne man über die Bedeutung des Berichts nur spekulieren. So gäbe es keine Indizien dafür, dass die USA seit dem Irak-Krieg unsicherer seien. Die meisten Anschläge wie etwa auf die zwei amerikanischen Botschaften in Afrika (1998) und auf den US-Zerstörer *USS Cole* (2000) wären vor dem 11. September 2001 geschehen, während seit dem Beginn des Irak-Krieges keine nennenswerten Anschläge auf amerikanische Einrichtungen verübt worden seien. Auch würden weder die

---

<sup>26</sup> [http://www.cato.org/homepage\\_item.php?id=364](http://www.cato.org/homepage_item.php?id=364)

<sup>27</sup> Der NIE-Report: <http://www.spiegel.de/pdf/0,5534,13848,00.html>

<sup>28</sup> <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/09/25/AR2006092500912.html>

*Washington Post* noch die *New York Times* ihre Spekulationen um den NIE-Bericht mit Zahlen und Fakten untermauern. So sei es schwer, zu belegen, dass durch den Irak-Krieg die Zahl der Terroristen deutlich zugenommen habe. Vielmehr müsse man auch andere Einflüsse wie den dänischen Karrikturen-Streit und den Nahost-Konflikt mit in die Kalkulation einbeziehen.

**Peter Brookes** und **James Phillips**, Nahost-Experten bei der **Heritage Foundation**, kommen zu dem Schluss, dass es nicht überraschen dürfe, dass die internationale Dschihad-Bewegung versuche, den Irak-Krieg als Propagandamittel zu instrumentalisieren.<sup>29</sup> Der Irak-Krieg sei aber nicht der Anlass für den islamistischen Terror, sondern würde nur als eine Art Entschuldigung für die terroristischen Verbrechen mißbraucht. Zudem erkläre der NIE-Bericht explizit, dass ein Sieg der USA im Irak die Zahl der Terroristen rapide sinken lasse. Daher müsse das primäre Ziel der Regierung sein, den Irak endgültig zu befrieden.

**Ivo Daalder**, außenpolitischer Experte bei der **Brookings Institution**, mahnt an, dass der NIE -Bericht mit keinem Wort Afghanistan erwähne.<sup>30</sup> So sei gerade Afghanistan und eben nicht der Irak das beste Beispiel für die Fehler der amerikanischen Außenpolitik. Afghanistan würde momentan wieder zu einem sicheren Hort für Terroristen werden wie einst unter dem Taliban-Regime. Fünf Jahre nach der Besetzung des Landes hätten die Alliierten immer noch keine Kontrolle über das Land. Dadurch bekäme Afghanistan (und nicht der Irak) die ideale Rückzugsbasis für die Dschihad-Bewegung. Darüber hinaus destabilisiere die Situation im Irak und in Afghanistan die beiden Länder gegenseitig.

### **Ausblick im "blutigsten Monat"**

Gegen Ende Oktober stehen die Zeichen für den Erfolg der Sicherheitspolitik von George Bush fünf Jahre nach 9/11 schlechter als je zuvor in seiner Amtszeit. Schon vor Ende des Monats steht fest, dass Oktober mit den meisten gefallenen US-Soldaten der "blutigste Monat" seit einem Jahr ist. Die Mitte Oktober veröffentlichte Lancet-Studie der renommierten *Johns Hopkins University*, die die Anzahl der toten Iraker auf 650,000 (im Gegensatz zu den von Präsident Bush zitierten 30.000) veranschlagte, wurde zwar blitzschnell vom Weißen Haus als "unglaublich" zurückgewiesen, schlug jedoch in der Öffentlichkeit hohe Wellen. Laut jüngsten Umfragen schenken die wahlentscheidenden unabhängigen Wähler im gesamten sicherheitspolitischen Spektrum (Irak, Terrorismusbekämpfung, Nordkorea) den Demokraten mehr Vertrauen als den Republikanern, die traditionell mit dem Thema "Sicherheit" politisch Kapital schlagen konnten.<sup>31</sup> 55 Prozent der Amerikaner sehen den nächsten 12 Monaten der Situation im Irak mit Pessimismus entgegen, und 76 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass der Irakkrieg das Image der USA in der Welt geschadet hat.

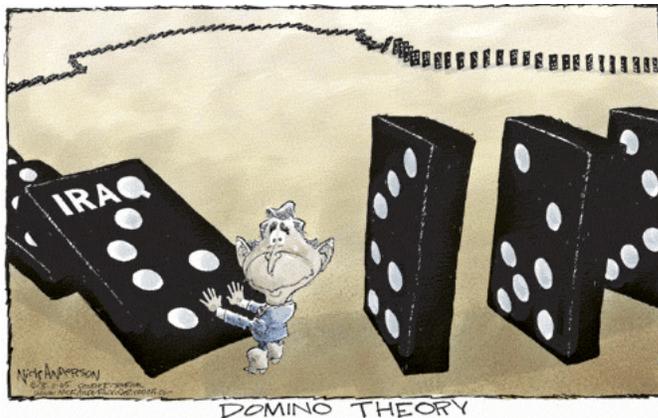
---

<sup>29</sup> <http://www.heritage.org/Research/MiddleEast/wm1226.cfm>

<sup>30</sup> [americaabroad.tpmcfe.com/blog/americaabroad/2006/sep/27/the\\_true\\_failure\\_of\\_the\\_bush\\_s\\_war\\_on\\_terror](http://americaabroad.tpmcfe.com/blog/americaabroad/2006/sep/27/the_true_failure_of_the_bush_s_war_on_terror)

<sup>31</sup> vgl. Washington Post-Umfrage: [www.washingtonpost.com/politics](http://www.washingtonpost.com/politics)

Selbst in den eigenen Reihen bröckelt das Vertrauen in Bushs Sicherheitsstrategie. Der Republikanische Senator John Warner, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Senat, warnte nach Rückkehr von seiner Irak-Reise Anfang Oktober, dass man in 2-3 Monaten die Situation neu überdenken müsse (sprich: statt weiter Kurs zu halten), und James Baker, ehemaliger Außenminister bei Bush-Vater und derzeit Vorsitzender einer unabhängigen Irak-Kommission, spricht offen davon, dass es andere Lösungsansätze gebe als "stay the course" und "cut and run."<sup>32</sup> Auch von hochrangigen Militärvertretern kommen die Signale, dass man das Ziel in Bagdad nicht erreicht habe. Wenige Wochen vor den Zwischenwahlen im Kongress mag zwar das "C-Word" (civil war) in Republikanischen Kreisen noch nicht salonfähig sein, Analysten und Beobachter sprechen jedoch offen von Alternativen zur "irakischen Demokratie". Stattdessen breitet sich ein Konsens in der Öffentlichkeit aus, dass es nur schlechte Optionen mit Blick auf den Irak gebe, und es wird laut über die "schlechten Alternativen" Dreiteilung und Truppenabzug nachgedacht. Schließlich gestand Präsident Bush in einem seltenen TV-Interview am 22. Oktober ein, dass ein Vergleich der gegenwärtigen Situation im Irak mit der Tet-Offensive im Vietnamkrieg möglicherweise korrekt sei.<sup>33</sup> Die anstehenden



Zwischenwahlen am 7. November werden von vielen als Volksabstimmung über den Irakkrieg und damit die Sicherheitspolitik von Präsident Bush gewertet. Fest steht jedoch schon vor dem Wahlausgang, dass die "Achse des Bösen", deren Bekämpfung sich George Bush zu Beginn seiner Präsidentschaft auf die Fahne geschrieben hatte, mit der akuten Proliferationsgefahr

im Iran und Nordkorea und der erstarkten Al Kaida-Front im Irak droht, Präsident Bushs Sicherheitspolitik zum Entgleisen zu bringen.<sup>34</sup>

<sup>32</sup> Die Ergebnisse der Baker/Hamilton-Studie werden erst nach den Zwischenwahlen veröffentlicht.

<sup>33</sup> [abcnews.go.com/ThisWeek](http://abcnews.go.com/ThisWeek)

<sup>34</sup> <http://cartoonbox.slate.com/hottopic/?image=394&topicid=47>